

Ordnung für die außerordentliche Durchführung des Studiums in Notfallsituationen für die Studiengänge an der Berufsakademie Sachsen

vom 19.01.2021

Gemäß § 5 Abs. 1, Satz 2 in Verbindung mit § 25 Abs. 2, Satz 2, Nr. 12 des Gesetzes über die Berufsakademie im Freistaat Sachsen (Sächsisches Berufsakademiegesetz – SächsBAG) vom 9. Juni 2017 (SächsGVBl. S. 306) regelt die Berufsakademie (BA) Sachsen die Durchführung von Lehre und Prüfungen in Notfallsituationen mit folgender Ordnung:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Ordnung gilt für alle durch das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (SMWK) genehmigten Studiengänge an der Berufsakademie Sachsen.

§ 2 Ziel der Ordnung

Diese Ordnung verfolgt den Zweck, den Studierenden aller Studiengänge an der Berufsakademie Sachsen das Studium und das Ablegen von Prüfungen auch dann zu ermöglichen, wenn dies aufgrund einer Notfallsituation im Sinne von § 3 nicht mehr nach den Bestimmungen der für sie geltenden Studien- und Prüfungsordnungen durchführbar ist. Sie soll ermöglichen, auch im Falle des § 3 das Studium innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen.

§ 3 Definition der Notfallsituation

- (1) Eine Notfallsituation liegt vor, wenn ein Studium nach den in der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung festgelegten Regelungen aufgrund von nicht von der Berufsakademie Sachsen zu vertretenden Gründen für eine Vielzahl von Studierenden an der Berufsakademie Sachsen für eine nicht nur geringe Dauer nicht möglich ist.
- (2) Die Notfallsituation muss durch die Direktorenkonferenz erklärt und wieder aufgehoben werden. Sie kann für die Berufsakademie Sachsen insgesamt oder für einzelne Studienakademien erklärt werden.

§ 4 Maßnahmen in Notfallsituationen

- (1) Im Falle einer Notfallsituation nach § 3 kann von den in der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung festgelegten Arten von Lehrveranstaltungen und Prüfungen abgewichen werden.
- (2) Die Studiengang- bzw. Studienrichtungsleiter erarbeiten in Abstimmung mit den Modulverantwortlichen einen Vorschlag, der die vorgesehenen Abweichungen von der Studien- und Prüfungsordnung – unter Berücksichtigung der in § 5 definierten Möglichkeiten für Ersatzprüfungsleistungen – enthält. Dieser wird zur Genehmigung dem jeweiligen Prüfungsausschuss vorgelegt. Der Prüfungsausschuss hat innerhalb von 8 Tagen darüber zu befinden.
- (3) Lehrveranstaltungen und Prüfungen, die trotz der Notfallsituation in der in der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung festgelegten Art durchgeführt werden können, sind in der dort festgelegten Art unter Einhaltung sonstiger Vorschriften, insbesondere von Hygienevorschriften, durchzuführen. Als nicht durchführbar gelten auch Lehrveranstaltungen und Prüfungen, bei denen sich die Unmöglichkeit der Durchführung daraus ergibt, dass mehrere Lehrveranstaltungen oder Prüfungen im gleichen Zeitraum geplant sind und dass die Durchführung in der Gesamtheit nicht möglich ist.
- (4) Präsenzgebundene Lehrveranstaltungen, die nicht durchführbar sind, sollen durch andere geeignete Lehrveranstaltungsarten ersetzt werden. Sie müssen im Wesentlichen in gleicher Weise dazu geeignet sein, den Studierenden ein erfolgreiches Studium und einen erfolgreichen Abschluss zu ermöglichen (kompetenzorientierte Lehre). Dabei kommen insbesondere digitale Lehrformate in Betracht.
- (5) Präsenzgebundene Prüfungen, die nicht durchführbar sind, können durch die in § 5 festgelegten Ersatzprüfungsleistungen ersetzt werden. Diese müssen im Wesentlichen in gleicher Weise dazu geeignet sein, den Kompetenzerwerb zu überprüfen, wie die in der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung festgelegte Prüfungsart. Dabei kommen insbesondere digitale Prüfungsformate gemäß § 6 in Betracht. Folgende weitere Regelungen sind zulässig:
 1. Reduzierung der Prüfungsdauer und
 2. Reduzierung der Anzahl der Prüfungsleistungen auf mindestens eine Prüfungsleistung je Modulprüfung.

Entsprechende Festlegungen sind für alle Studierende eines Moduls einheitlich zu treffen.

- (6) Ersatzprüfungsleistungen sind zwei Wochen vor dem Prüfungstermin bekannt zu geben.

§ 5 Ersatzprüfungsleistungen

Die in den Studien- und Prüfungsordnungen festgelegten Arten von Prüfungsleistungen können wie folgt ersetzt werden:

1. Klausurarbeiten durch geeignete sonstige Prüfungsleistungen oder ein mündliches Fachgespräch,
2. mündliche Prüfungsleistungen durch mündliche Videoprüfungen gemäß § 6 oder
3. sonstige Prüfungsleistungen durch geeignete andere sonstige Prüfungsleistungen.

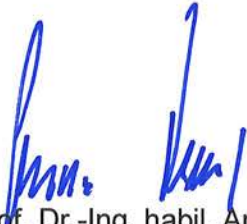
§ 6 Mündliche Videoprüfungen

- (1) Mündliche Fachgespräche und Präsentationen können als mündliche Videoprüfung durchgeführt werden.
- (2) Mündliche Videoprüfungen sind Prüfungen, an denen die Beteiligten örtlich getrennt teilnehmen und dabei von sich Bewegtbild (Video) und Ton übertragen und dieses von den anderen Beteiligten empfangen. Sie werden live durchgeführt. Die Aufzeichnung der Prüfung sowie eine Durchführung ohne Video (Telefon- oder Audiokonferenz) sind nicht zulässig. Der Prüfungsteilnehmer kann über das Videokonferenzsystem den anderen Beteiligten audiovisuelle Medien vorführen.
- (3) Die Dauer der mündlichen Videoprüfung ergibt sich aus der für die ersetzte Prüfung festgelegten Dauer und wird durch den Prüfungsausschuss festgelegt.
- (4) Mündliche Videoprüfungen sind mindestens von zwei Prüfern oder von einem Prüfer in Anwesenheit eines sachkundigen Beisitzers abzunehmen. Es ist während der Prüfung sicherzustellen, dass die zu prüfenden Studierenden und alle Prüfer oder Beisitzer in Sichtkontakt sind.
- (5) Der Videokonferenzdienst wird durch die Berufsakademie Sachsen gestellt. Prüfer und der zu prüfende Studierende sollen sich vor dem Prüfungstermin über die notwendige technische Ausrüstung (Hardware / Software / Netzanbindung) verständigen, damit ein möglichst störungsfreier Ablauf gewährleistet ist. Dem zu prüfenden Studierenden wird vor der Prüfung ausreichend Gelegenheit gegeben, sich mit dem elektronischen System vertraut zu machen. Zu Beginn der Prüfung soll erfragt werden, ob der Studierende von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht hat und ob er hinreichend mit dem System vertraut ist. Das Ergebnis ist im Prüfungsprotokoll festzuhalten.
- (6) Für den Fall einer technischen Störung muss gewährleistet sein, dass den zu prüfenden Studierenden kein Nachteil entsteht. Studierender und Prüfer sind verpflichtet, innerhalb von maximal 15 Minuten alle möglichen und zumutbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die Störung zu beseitigen und die Prüfung fortzusetzen. Die Prüfung ist um die Dauer der Unterbrechung zu verlängern. Eine Unterbrechung ist im Prüfungsprotokoll zu dokumentieren. Soweit die Störung nicht innerhalb des in Satz 2 festgelegten Zeitraumes beseitigt werden kann, gilt die Prüfung als nicht stattgefunden. Die Prüfung ist vollständig erneut zu erbringen. Der zu prüfende Studierende ist vor Antritt der Prüfung über diese Regelung zu belehren und auch darüber, dass Täuschungsversuche – auch diesbezüglich – mit der Note 5,0 („nicht bestanden“) geahndet werden. Die Belehrung ist im Protokoll festzuhalten. Im Falle von Gruppenprüfungen kann abweichend von Satz 2, 3 und 5 festgelegt werden, dass für den Studierenden, der von der technischen Störung betroffen ist, die Prüfung sofort als nicht stattgefunden gilt; die Prüfung ist für diesen Studierenden vollständig erneut zu erbringen. Die Prüfung mit den verbliebenen Studierenden wird ohne Unterbrechung fortgesetzt.
- (7) Zur Feststellung der Identität der Prüfungskandidaten haben diese auf Verlangen der Prüfer in der Videokonferenz ein amtliches Lichtbildausweisdokument für die Prüfer und Beisitzer sichtbar vorzuweisen. Bei der Identitätsfeststellung soll die Videoübertragung für die anderen Studierenden ausgeschlossen werden.

**§ 7
Inkrafttreten**

Diese Ordnung tritt am 19.01.2021 auf Grundlage des Beschlusses der Direktorenkonferenz vom 19.01.2021 in Kraft.

Glauchau, den 19.01.2021



Prof. Dr.-Ing. habil. Andreas Hänsel
Präsident der Berufsakademie Sachsen